

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gerhard Zickenheiner, Beate Walter-
Rosenheimer, Dieter Janecek, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26218 –**

Personelle Umsetzungsstrategie des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auffordern soll, zeitnah eine wissenschaftliche Analyse zum Fachkräftebedarf für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 durch ein unabhängiges und sektorenübergreifend aufgestelltes Institut zu erstellen und einen interdisziplinären ExpertInnenrat zu „Umsetzungskapazitäten Klimaneutralität“ einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatterin

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Karsten Hilse
Berichterstatter

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatter

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Gerhard Zickenheiner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Klaus Mindrup, Karsten Hilse, Dr. Lukas Köhler, Lorenz Gösta Beutin und Gerhard Zickenheiner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/26218** wurde in der 206. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Januar 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

1. zeitnah eine wissenschaftliche Analyse zum Fachkräftebedarf für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 durch ein unabhängiges und sektorenübergreifend aufgestelltes Institut zu erstellen;
2. einen interdisziplinären ExpertInnenenrat zu „Umsetzungskapazitäten Klimaneutralität“ einzusetzen;
3. gemeinsam mit den Ländern und den Kammern zu prüfen, ob die vorhandenen schulischen, universitären und betrieblichen Ausbildungskapazitäten ausreichen, um die erforderlichen Fachkräfte auszubilden und bedarfsgerecht zu erweitern, wenn Unterdeckung erkennbar wird;
4. gemeinsam mit den Ländern und den Kammern zu prüfen, ob die vorhandenen schulischen, universitären und betrieblichen Ausbildungsmodelle und -inhalte dem zukünftigen Bedarf gerecht werden und zu analysieren, wo aufgrund des technologischen Fortschrittes und der veränderten Anforderungsprofile Weiterentwicklungen oder neue Ausbildungsmodelle zu entwickeln sind, welche Weiterbildungsbedarfe bestehen und in welchem Umfang dies der Fall ist;
5. eine gezielte Fachkräftestrategie mit dem Fokus einer Transformation der Wirtschaft und Erreichung der Klimaziele zu entwickeln, auch mit dem Ziel, den Frauenanteil in den „MINT-Berufen zu erhöhen. Dabei sollten auch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz gezielt für die Reduktion von Treibhausgasemissionen eingesetzt werden;
6. die Attraktivität des Handwerks durch mehr Tarifbindung zu steigern, eine Qualifizierungsoffensive und die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an die Voraussetzung nach Tarif zu bezahlen zu koppeln;
7. die finanziellen Mittel für die Klimastrategie und ihre fachliche und personelle Umsetzung im kommenden und in nachfolgenden Haushalten verlässlich einzuplanen und zur Verfügung zu stellen und damit Sorge dafür zu tragen, dass es nicht durch die aktuelle Coronakrise bei den verfügbaren Mitteln zu Engpässen kommt;
8. einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung einzuführen, der sowohl mit einer sozialen Absicherung als auch mit dem Rückkehrrecht nach Freistellung für Qualifizierung – in Voll- oder Teilzeit – verknüpft werden muss. ArbeitnehmerInnen sollten beim Übergang und der damit einhergehenden Qualifikation in nachhaltigkeitsrelevante Berufe unterstützt werden. Zugleich muss sichergestellt werden, dass kleine Betriebe dadurch nicht überfordert werden;
9. eine Qualifizierungs-Kurzarbeit einzuführen, die die Unternehmen sowie die Beschäftigten bei der Bewältigung der Modernisierung der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität unterstützt. Das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld soll als Brücke für Unternehmen konzipiert werden, die einen vorübergehenden ökologischen Transformationsprozess bewältigen müssen;

10. gemeinsam mit den Ländern eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen, um die öffentliche Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber zu fördern, der durch Aus- und Weiterbildung und faire und qualifizierte Entlohnung Fachkräfte anzieht sowie hinreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, um die zügige Modernisierung der Verwaltung und Digitalisierung der Verwaltungsabläufe voranzutreiben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 105. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 109. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 80. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 64. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/26218 in seiner 96. Sitzung am 10. Februar 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte ihren Antrag vor und betonte, das Erreichen der Klimaschutzziele in Deutschland werde auch davon abhängen, ob es genügend Fachkräfte für deren Umsetzung geben werde. Man wisse derzeit gar nicht genau, welche und wie viele Fachkräfte für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen gebraucht würden. Dies herauszufinden, sei die erste Forderung des Antrags. Klar sei aber, und das wisse auch die Bundesregierung, man brauche mehr Fachkräfte sowohl auf der planenden als auch auf der ausführenden Seite, sowohl in der Wirtschaft als auch in den Verwaltungen. Deshalb bestehe eine weitere zentrale Forderung des Antrags darin, dass die Bundesregierung eine Strategie für die Aus- und Weiterbildung sowie für die Personalgewinnung entwickle. Das Problem, vor dem man stehe, zeichne sich durch einen alarmierenden Dreiklang aus: den bereits existierenden Fachkräftemangel, den demographisch bedingten Rückgang der Erwerbstätigenzahlen und den zusätzlichen Bedarf zur Bewältigung der Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen.

Gerade Unternehmen bräuchten zukünftig mehr Sicherheit und Verlässlichkeit, um auszubilden und Fachkräfte einzustellen. Vielen Fachfirmen fehle das Vertrauen darauf, dass die Transformation nun wirklich mit den nötigen Mitteln und in konstantem Umfang in Angriff genommen werde, um ihre Firmen in gebotenen Umfang zu vergrößern und zu modernisieren.

Mit dem Antrag würden zudem auch eine Stärkung des Handwerks und ein Recht auf Weiterbildung gefordert. Durch Um- und Weiterbildung könnten auch Perspektiven für Menschen in Branchen mit rückläufigem Personalbedarf geschaffen werden, beispielsweise in der Kfz-Industrie und bei deren Zulieferern. Die Transformation eröffne vielen Menschen Perspektiven und Zugang zu attraktiven Berufswegen mit sinnstiftenden Tätigkeiten. Schließlich stellten alle diese Berufe Möglichkeiten dar, bei dieser Jahrhundertaufgabe, der Bekämpfung der Klimakrise, mitzuarbeiten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob positiv hervor, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasse sich erstmals ernsthaft mit den durch den Transformationsprozess hervorgerufenen wirtschaftlichen Auswirkungen und den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dies sei nicht immer so gewesen. Es sei unbestritten, dass neue Technologien einen Umbauprozess in der Wirtschaft zur Folge hätten. Beispielsweise könne man in der Kfz-Zulieferindustrie beobachten, welchen Transformationsprozess die Unternehmen durchmachen müssten, wenn sie nicht mehr nur den Verbrennungsmotor herstellten, sondern auch der batterieelektrische Antrieb dort immer mehr Platz greife. Es sei wichtig, dass man hier die Chance ergreife und Produktionslinien umbau. Dennoch bestünden auch Ängste in der Arbeitnehmerschaft. Man brauche allerdings keinen weiteren Expertenrat, weil es kein Erkenntnisproblem gebe. Vielmehr brauche man ganz konkrete Hilfen vor Ort, um den Strukturwandel zu gestalten. Dazu gebe es vom Bund die nationale Weiterbildungsstrategie, aber auch ein Konjunkturprogramm, mit dem der Bund insgesamt zwei Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen zu Verfügung stelle, um Fahrzeughersteller und die Zulieferindustrie im Transformationsprozess zu unterstützen. Vor Ort sollten regionale Innovationscluster gebildet und diese für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Der richtige Weg sei, dass die Regionen sich aus eigener Kraft vor Ort auf diesen Prozess einrichteten. Es sei wichtig, dass man sowohl die Elektromobilität als auch die Hybridtechnik unterstütze. Letztere gebe den Regionen vor Ort die Möglichkeit, den Verbrennungsmotor weiterzubauen, aber gleichzeitig auch den Weg in die Zukunft zu gehen. Dabei müsse man die Anforderungen an die Förderung der Hybridnutzung erhöhen. Es müsse sichergestellt werden, dass auch tatsächlich elektrisch gefahren werde.

Die **Fraktion der AfD** betonte, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei voll von nichtssagenden Phrasen. Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es anscheinend, alle Wirtschaftszweige sterben zu lassen, die aus ihrer Sicht den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 behinderten. Es werde nicht aufgezeigt, wie die existierenden, hoch wertschöpfenden Arbeitsplätze in verschiedenen Wirtschaftszweigen ersetzt werden sollten, beispielsweise in der Energiewirtschaft, im Schwermaschinenbau und in der Automobilindustrie. Anstatt Lösungen anzubieten, wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Vielzahl von Expertenräten einrichten, um sehr viele der Anhänger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit gut bezahlten Jobs zu versorgen, die sich ohnehin schon in verschiedensten Nichtregierungsorganisationen und Expertenräten tummelten. Aus diesen Gründen sei der Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass der Einleitungsteil des Antrags sehr gelungen sei, die konkreten Forderungen eher weniger. Der Antrag setze sehr darauf, dass der Staat durch Regulierung mehr Fachkräfte schaffe. Die Fraktion der FDP sei verwundert, dass nicht zum Beispiel die Erweiterung europäischer Binnenmigration vorgeschlagen werde. Auf der anderen Seite setze die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf staatliche Förderung und Attraktivität des Handwerks durch Tarifbindung, wobei die Fraktion der FDP hierbei Zweifel äußerte, dass sich die Leute dadurch vermehrt für das Handwerk entscheiden würden. Stattdessen schlug sie vor, die Förderung der Gleichstellung von Master und Meister in der Weiterbildung und in der Qualifizierung besser herauszustellen. Dabei schloss sie sich der Ansicht der Fraktion der CDU/CSU an, dass ein Experten- und Expertinnenrat nicht die Lösung des Problems sei. Der ganze Antrag setze insgesamt zu sehr auf staatliche Interventionen und zu wenig auf die Attraktivitätssteigerung von Berufen. Trotz einiger guter Aspekte könne die Fraktion der FDP dem Antrag nicht zustimmen und lehne ihn deshalb ab.

Die **Fraktion der SPD** widersprach der Einschätzung der Fraktion der FDP, dass die Einleitung des Antrags gelungen sei, da das Ziel der Klimaneutralität abgeschrieben sei. Auch zu der Festlegung eines Emissionsreduktionsziels in Höhe von 65 Prozent für das Jahr 2030 müsse man deutlich machen, dass die Zahl noch nicht feststehe und am Ende ein Prozess sei. Dem Kern des Antrags stimme die Fraktion der SPD zu, dass man versuchen müsse, konkrete Anreize zu setzen. Die Bundesregierung habe hier auch schon einiges unternommen. So seien mit ihrer Hilfe beispielsweise im Volkswagenwerk in Zwickau 8 000 Arbeitsplätze von einer fossilen in eine elektrische Welt transformiert worden. Dieser Weg müsse weiter gegangen werden. Dabei gehe es um die Kooperation mit den Tarifpartnern, um staatliche Unterstützung und darum, dass Deutschland eine Wertschöpfung und eine industrielle Basis behalte. Die Fraktion der SPD prognostizierte, dass der Klimaschutz am Ende eine große Investitionslawine auslösen werde. Auch werde man weiterhin Kraftwerke haben, die jedoch kein fossiles CO₂ mehr ausstießen. Man werde weiterhin Stromnetze und Wasserstoffnetze haben. Dies sei ein Punkt von Wertschöpfung. Auch seien für die wichtigen dualen Ausbildungsplätze Betriebe erforderlich. Beim Thema Carbon Leakage erinnerte die Fraktion der SPD an einen gemeinsamen Antrag mit dem Koalitionspartner, mit dem Branchentransformationsgespräche unter Einschaltung der Tarifpartner gefordert worden seien, um die Transformation auch in den mittelständischen Betrieben, die nicht vom Emissionshandel umfasst seien, voranzutreiben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, ein Verdienst dieses Antrags sei, die personellen Probleme hinsichtlich des Klimaschutzprogrammes 2030 aufzuzeigen. Gerade beim Personal brauche man unbedingt eine Qualifizierungs- und Ausbildungsoffensive. Die Fraktion DIE LINKE. finde es aber irritierend, dass die Baubranche als ein zentrales Beispiel genannt werde, da diese als boomende Branche mit einem überhitzten Markt eher eine Regulierung als eine staatliche Unterstützung mit Steuergeldern benötige. Hier sei eine Einhegung der Immobilienkonzerne und notfalls auch deren Vergesellschaftung notwendig, wie es in Bezug auf Deutsche Wohnen und & Co beispielsweise in Berlin mit einem Volksbegehren angestrebt werde. Die Fraktion DIE LINKE. sah ein großes Problem darin, dass weiterhin 80 Prozent der Betriebe nicht ausbildeten. Daher müsse die Tarifbindung gestärkt werden mit einer Pflicht zur Ausbildung.

Weitere Probleme sah die Fraktion DIE LINKE. im Wärmebereich. Strebe man in diesem Bereich eine vier- bis fünffache Beschleunigung an, die notwendig sei, um auch in diesem Bereich die Klimaziele zu erreichen, werde es nicht ausreichen, nur auf Anreize zu setzen. Dann seien klare Regelungen und eine Ordnungspolitik notwendig. Es brauche dann auch eine öffentliche Ausbildungsoffensive, gerade für Energieberater. Der Antrag stoße grundsätzlich zwar richtige Dinge an, doch enthalte sich die Fraktion DIE LINKE. wegen der Ausführungen zur Baubranche.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26218 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatlerin

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Karsten Hilde
Berichterstatter

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatter

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Gerhard Zickenheiner
Berichterstatter

